

Wahlprüfsteine 2013

Was tun für die Alphabetisierung?

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung bringt sich auch im Wahljahr 2013 ein und fragte bei den Parteien ihre politische Positionen ab. Die Mitarbeiter des [RAUS-Projektes](#) haben den Bundestags-Parteien Fragen zur Bundestagswahl übermittelt und gebeten, ihre Positionen und Konzepte einzubringen.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien auf die Prüfsteine geantwortet. Weiterhin veröffentlichen wir auf Wunsch der Piratenpartei auch ihre Positionen.



Hier die Antworten von
der Freien Demokratische Partei (FDP)

1.) Am 28.02.2011 wurde die Level-One Studie veröffentlicht: 7,5 Millionen Erwachsene in Deutschland können nicht richtig lesen und schreiben. Sie verfügen über so geringe Lese- und Schreibkenntnisse, dass sie als funktionale Analphabeten gelten. Weitere 13,3 Millionen Erwachsene zeigen eine geringe schriftsprachliche Kompetenz, die nur knapp über dem Niveau des funktionalen Analphabetismus liegt, sodass sie nur langsam mit vielen Fehlern lesen und schreiben können. Welche Schlussfolgerungen zieht Ihre Partei aus der Studie?

Die FDP hat die Ergebnisse der Level-One Studie mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen und sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass Maßnahmen zur Stärkung der Alphabetisierung eingeleitet wurden. In diesem Sinne haben wir die nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener unterstützt und werden diese zu einer nationalen Alphabetisierungsdekade weiterentwickeln. Für die Initiative zur arbeitsplatzorientierten Forschung und

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. Berliner Platz 8-10 48143 Münster
Andreas Brinkmann Tim Tjettmers
0251-49099641 0251-49099642
a.brinkmann@alphabetisierung.de t.tjettmers@alphabetisierung.de

Entwicklung auf dem Gebiet der Alphabetisierung und Grundbildung haben wir rund 20 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die Erfahrungswerte sollen bei der Gründung einer Alpha-Stiftung einfließen, mit der wir ein möglichst flächendeckendes und nachfragegerechtes Kursangebote aufbauen wollen.

2.) Derzeit lernen lediglich 20.000 Betroffene (weniger als 0,3% der Betroffenen) in Alphabetisierungskursen. Was werden Sie tun, um mehr Betroffene durch nachschulische Grundbildung zu fördern?

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Deutschland ein gesellschaftspolitisches Klima entsteht, in dem Analphabetismus enttabuisiert und alle gesellschaftspolitischen Kräfte sensibilisiert werden. Ziel ist es, z.B. durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen, bei mehr Betroffenen ein Bewusstsein und Interesse für die nachschulische Grundbildung zu generieren und gleichzeitig die verantwortlichen politischen Ebenen bei dem Ausbau des Angebots zu unterstützen.

3.) Personen mit Deutsch als Zweitsprache haben die Möglichkeit, in Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Lesen und Schreiben kostenlos zu erlernen. Ausländische Mitbürger, Zuwanderer und Spät-Aussiedler erhalten eine Förderung von bis zu 1260 Unterrichtsstunden. Funktionalen Analphabeten mit Deutsch als Erstsprache (4,4 Millionen Erwachsene) steht ein vergleichbares Angebot nicht zur Verfügung. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um das Kursangebot für muttersprachliche funktionale Analphabeten auszubauen? Halten Sie ein äquivalentes Programm zu den BAMF-Integrationskursen für Betroffene mit deutscher Muttersprache für erforderlich?

Das Angebot des Bundesinstituts für Migranten und Flüchtlinge (BAMF) zur Förderung des Verständnisses für die deutsche Schriftsprache ist aufgrund der spezifischen Bedürfnisse der Adressaten nur bedingt geeignet, auf den sehr viel größeren Kreis der funktionalen Analphabeten mit deutscher Muttersprache übertragen zu werden. Gleichwohl sehen wir die Notwendigkeit, ein möglichst flächendeckendes und nachfrageorientiertes Kursangebot aufzubauen

4.) Die Level-One Studie zeigt, dass die Gefahr der Arbeitslosigkeit unter funktionalen Analphabeten signifikant höher ist. Rund 32 Prozent der arbeitssuchenden Bevölkerung haben Probleme mit dem Lesen und Schreiben. Die Mehrheit der erwerbstätigen Betroffenen (57% der befragten funktionalen Analphabeten) ist überwiegend im Niedriglohntsektor beschäftigt. Aufgrund der wachsenden Arbeitsmarktanforderungen laufen jedoch auch sie Gefahr, ihre Beschäftigung zu verlieren. Welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um geringqualifizierte Beschäftigte, Erwerbslose und Arbeitssuchende mit schriftsprachlichen Defiziten stärker zu fördern?

Weiterbildung eröffnet nicht nur lebenslang Entfaltungschancen, sie ermöglicht vor allem auch den beruflichen Aufstieg. Wir wollen deshalb individuelle Anstrengungen zur Bildung in jedem Alter unterstützen, zum Beispiel durch privates Bildungssparen, Bildungsgutscheine und die durch uns erweiterten Fördermöglichkeiten für Beschäftigte durch die Bundesagentur für Arbeit. Für die FDP hat Priorität, möglichst allen Menschen Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Niemand soll ausgegrenzt werden. Durch unsere Politik haben wir hier schon viel erreicht. Seit Herbst 2009 sind in Deutschland 1,6 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Für Personen, die eine intensivere Unterstützung brauchen, wollen wir wirksame Instrumente entwickeln, die Teilhabe an Arbeit und Qualifizierung gleichermaßen und sinnvoll ermöglichen. Dafür sollen künftig „passive“ Leistungen des SGB II in „aktive“ Arbeitsmarktmaßnahmen umgewandelt werden können, um dauerhaft sinnvolle Integration, wenn nötig auch mit Betreuung zu ermöglichen.

5.) Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung hat ein bundesweites Netzwerk von Selbsthilfegruppen und Lernern aufgebaut, die das Thema Alphabetisierung in die Öffentlichkeit tragen. Welche Rolle können Ihrer Ansicht nach „Lerner-Experten“ übernehmen, um das Ziel zu erreichen, die Zahl funktionaler Analphabeten in Deutschland zu verringern? An welchen Stellen ist ihre Beteiligung besonders sinnvoll?

Es muss uns in Deutschland gelingen, ein breiteres Bewusstsein für das Problem des Analphabetismus herzustellen. In diesem Sinne haben wir in der Vergangenheit immer wieder öffentlichkeitswirksame Kampagnen angestoßen.

Die Einbeziehung von „Lerner-Experten“ scheint sehr gut dazu geeignet, zu Betroffenen einen, auf der Grundlage persönlicher Erfahrungen basierenden Bezug herzustellen und sollten in nach Möglichkeit bei der Entwicklung einer Gesamtstrategie einbezogen werden.

6.) Nach der Föderalismusreform 2006 liegt die Kompetenz für allgemeine Bildung und damit in großen Teilen für Alphabetisierung/Grundbildung bei den Bundesländern. Wie können Ihrer Ansicht nach bundesweite Beratungs- und Unterstützungsangebote wie bspw. der Beratungsservice ALFA-TELEFON oder die Lernplattform ich-will-lernen.de sowie zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsprojekte langfristig gefördert und nachhaltig gesichert werden?

Die originäre Zuständigkeit für Kultusangelegenheiten liegt laut Grundgesetz unabänderlich in den Händen der Länder. Die Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundes in Bildungsangelegenheiten wurden im Rahmen der Föderalismusreform im Jahr 2006 erheblich eingeschränkt, was eine unmittelbare Unterstützung der Länder und Kommunen im Bereich sehr erschwert. Im Bereich der Bildungsforschung verfügt der Bund über Kompetenzen, weswegen wir die Initiative des BMBF zur arbeitsplatzorientierten Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Alphabetisierung und Grundbildung befürworten und unterstützen. Gleichzeitig möchten wir eine Alpha-Stiftung aufbauen, die ihrerseits im Bereich der Grundbildung flächendeckend tätig werden soll.

7.) Das BMBF-geförderte Projekt RAUS handelt im Themengebiet Alphabetisierung im Strafvollzug, welcher seit 2006 ebenfalls der Zuständigkeit der Bundesländer unterliegt. Obwohl von einem besonders hohen Anteil funktionaler Analphabeten unter Strafgefangenen auszugehen ist, werden Alphabetisierungs-/Grundbildungsangebote derzeit in vielen Strafanstalten nicht angeboten. Was wird Ihre Partei unternehmen, um Alphabetisierung/Grundbildung im Strafvollzug zu fördern? Welche Maßnahmen halten Sie auf Bundesebene für erforderlich?

Durch das BMBF-geförderte Projekt „RAUS- Resozialisierung durch Alphabetisierung und Übergangsmanagement für Straffällige“ wird die Alphabetisierung/Grundbildung im Strafvollzug gefördert. Wir freuen uns, dass

die Pilotphase mit in mehreren Bundesländern verteilten Modellstandorten so erfolgreich begonnen hat und sind der Überzeugung, dass die im Laufe der Projektphase entstehenden Standards und Konzepte, Materialien, Schulungs- und Hilfsangebote von vielen Justizvollzugsanstalten angenommen und übernommen werden. Um die Alphabetisierung im Strafvollzug nachhaltig zu fördern, bedarf es auch nach der Projektphase kontinuierlicher Sensibilisierung der Multiplikatoren und zielgruppenspezifischer Kommunikation.

8.) Was wird Ihre Partei unternehmen, um Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten besser am politischen Leben teilhaben zu lassen? Gibt es Ihr Wahlprogramm auch in leicht lesbarer Form?

Zu den wichtigsten Grundlagen tatsächlicher Partizipation gehört in erster Linie der Abbau von Barrieren. Dabei ist der Begriff „Barrieren“ umfassend zu verstehen. Der Zugang zu öffentlichen Gebäuden muss ebenso selbstverständlich sein wie der freie Zugang zu Informationen. Das Erreichen einer barrierefreien Gesellschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur finanzielle Solidarität zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erfordert, sondern auch ein Umdenken in den Köpfen voraussetzt. Für die Belange von Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten ist der Einsatz der Leichten Sprache wichtig. Wir sind daher froh, dass schon einiges für eine Leichte Sprache in der Gesetzgebung und im Schriftverkehr von Behörden angestoßen worden ist. Der Einsatz von Leichter Sprache ist jedoch noch nicht verpflichtend. Es bleibt also noch viel zu tun. Die Herstellung von Barrierefreiheit ist allerdings ein dynamischer Prozess, der schrittweise zu vollziehen ist.

Wir versuchen, unsere Angebote zu Mitwirkung und Information nicht nur vielfältig sondern auch möglichst barrierearm zu gestalten – im Optimalfall barrierefrei. Das gilt für unsere Mitmach- und Informationsangebote online genauso wie für die unterschiedlichen Veranstaltungsformen der FDP von den Gliederungen vor Ort bis zur Bundespartei. Die Angebote reichen hier von barrierearmen Informations- und Partizipationsmöglichkeiten (Programme in leichter Sprache, als Video- oder Audiodateien etc.) bis hin zu barrierearmen Veranstaltungen für Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung. Barrierefreiheit bei all diesen Angeboten bleibt unser Ziel. Unser Kurzwahlprogramm werden wir zudem in leichter Sprache anbieten.